

**Zugangs- und Zulassungsordnung für den weiterbildenden
Masterstudiengang Accounting and Auditing
der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum
sowie der
Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster**

vom 23.11.2015

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16.09.2014 (GV.NRW S. 547) haben die Ruhr-Universität Bochum sowie die Westfälische Wilhelms-Universität Münster folgende Satzung erlassen:

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| § 1 | Anwendungsbereich |
| § 2 | Zugangsvoraussetzungen |
| § 3 | Schriftliche Zugangsprüfung |
| § 4 | Mündliche Zugangsprüfung |
| § 5 | Englischkenntnisse |
| § 6 | Unterlagen |
| § 7 | Auswahlkommission |
| § 8 | Auswahlverfahren und Auswahlkriterien |
| § 9 | Abschluss des Verfahrens |
| § 10 | Täuschung und Ordnungsverstoß |
| § 11 | Inkrafttreten und Veröffentlichung |
| Anlage 1 | Referenzrahmen für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13b WPO vom 29.03.2006 |
| Anlage 2 | Anforderungen an die in der schriftlichen Zugangsprüfung abzu prüfenden Kompetenzausprägungen gemäß Referenzrahmen für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13 b WPO |

§ 1 Anwendungsbereich

Diese Ordnung regelt den Zugang und die Zulassung zum weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing der Ruhr-Universität Bochum und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

§ 2 Zugangsvoraussetzungen

- (1) Voraussetzungen für den Zugang zum Auswahlverfahren und zum Studium des Masterstudiengangs Accounting and Auditing sind
- a) die Absolvierung eines fachlich einschlägigen wirtschafts- oder rechtswissenschaftlichen Studiums mit einer Regelstudienzeit von mindestens sechs Semestern, das mit einem Bachelor oder einem anderen berufsqualifizierenden Abschluss (Diplom, Staatsexamen etc.) erfolgreich beendet worden ist,
 - b) der Nachweis der Praxiszeit gemäß § 3 Nr. 1 WPAnrV,
 - c) der Nachweis des erfolgreichen Abschlusses einer schriftlichen Zugangsprüfung gemäß § 3 Nr. 2 WPAnrV,
 - d) der Nachweis des erfolgreichen Abschlusses einer mündlichen Zugangsprüfung von 30 bis 45 Minuten, die sich inhaltlich auf die Themengebiete der Bereiche „Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht“ sowie „Angewandte Betriebswirtschaftslehre“ bezieht,
 - e) sowie der Nachweis besonderer Englischkenntnisse gemäß § 5.

Fachlich einschlägig im Sinne von Satz 1 ist ein wissenschaftliches Studium an einer deutschen oder ausländischen Hochschule.

- (2) Für die Prüfung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sind die von der Kultusministerkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen zu beachten. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.
- (3) Für Bewerberinnen/Bewerber, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, ist der Nachweis von für die aktive Teilnahme an den Lehrveranstaltungen ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache weitere Zugangsvoraussetzung. Der Nachweis ist nicht erforderlich für Bewerberinnen/Bewerber, deren Muttersprache Deutsch ist.

§ 3 Schriftliche Zugangsprüfung

- (1) Inhalt und Anforderungen der mit der schriftlichen Zugangsprüfung gemäß § 2 Abs. 1 c) zu erbringenden Prüfungsleistungen werden durch die Vorgaben des *Referenzrahmens für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13b WPO* in der Fassung vom 29.03.2006 bestimmt (vgl. Anlage 1). Die Zugangsprüfung ist

dabei in die vier im Referenzrahmen genannten Prüfungsbereiche A bis D unterteilt, wobei die in Übereinstimmung mit dem Referenzrahmen angegebenen Kompetenzausprägungen in Anlage 2 abzuprüfen sind.

- (2) Die schriftliche Zugangsprüfung umfasst zwei dreistündige Klausuren. Die Klausuren werden an zwei Prüfungstagen unter Aufsicht geschrieben. In jeder Klausur werden je zwei der Prüfungsbereiche A bis D abgeprüft.
- (3) Übereinstimmend mit § 10 Absatz 2 der Satzung der Qualitätssicherungskommission für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum sowie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sind die Aufgaben der Zugangsprüfung durch die Aufgabenkommission der Qualitätssicherungskommission vorab zu prüfen. Die Zugangsprüfungen werden der Aufgabenkommission mit Lösungshinweisen und Bewertungskriterien unter Nennung der zulässigen Hilfsmittel spätestens drei Wochen vor dem jeweiligen Prüfungstermin zur Vorabbeurteilung vorgelegt. Im Rahmen der Vorabbeurteilung ist von der Aufgabenkommission festzustellen, ob die schriftlichen Prüfungen den Anforderungen des Referenzrahmens für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13b WPO in der Fassung vom 29.03.2006 (vgl. Anlage 1) entsprechen. Sofern diese Anforderungen in Bezug auf Inhalt, Form und Anforderungen nicht erfüllt sind, hat die Aufgabenkommission das Recht, die vorgelegten Aufgaben im Einvernehmen mit der Aufgabenstellerin/dem Aufgabensteller zu ändern.
- (4) Die Zugangsklausuren werden von zwei, im Masterstudiengang Accounting and Auditing Lehrenden, die von der Vorsitzenden/vom Vorsitzenden der Auswahlkommission gemäß § 7 bestimmt werden, beurteilt und bewertet. Weichen die Bewertungen voneinander ab, wird das arithmetische Mittel als endgültige Note gebildet.
- (5) Zum Bestehen der Zugangsprüfung müssen die Prüfungsbereiche A bis D einzeln mit mindestens der Note ausreichend (4,0) bestanden sein. Dafür müssen die Bewerberinnen/Bewerber in jedem Prüfungsbereich mindestens 50 % der Prüfungsleistung erfolgreich erbringen.
- (6) Das Gesamtergebnis der schriftlichen Zugangsprüfung errechnet sich aus den Einzelnoten der Prüfungsbereiche A bis D in Übereinstimmung mit § 13 der Prüfungsordnung für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing.

§ 4

Mündliche Zugangsprüfung

- (1) Die in der mündlichen Prüfung gemäß § 2 Absatz 1 d) abgeprüften Inhalte orientieren sich an den in Anlage 2 in Übereinstimmung mit dem *Referenzrahmen für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13b WPO* in der Fassung vom 29.03.2006 angegebenen Kompetenzausprägungen.
- (2) Die mündlichen Zugangsprüfungen werden durch eine/einen im Masterstudiengang Accounting and Auditing Lehrende/Lehrenden und eine Beisitzende/einen Beisitzenden, welche durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden der

Auswahlkommission gemäß § 7 bestimmt werden, durchgeführt. Vor Festlegung der Note in Übereinstimmung mit § 13 der Prüfungsordnung für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing hat die/der Prüfende die Beisitzende/den Beisitzenden zu hören.

§ 5 Englischkenntnisse

- (1) Die Bewerberin/der Bewerber muss besondere Englischkenntnisse nachweisen. Folgende Testergebnisse werden als ausreichend anerkannt:
 - a) TOEFEL internetbasiert mit mindestens 79 Punkten, computerbasiert mit mindestens 213 Punkten, papierbasiert mit mindestens 550 Punkten,
 - b) TOEIC (listening and reading) mit mindestens 750 Punkten,
 - c) IELTS (Academic Version) mit mindestens 6,0 Punkten,
 - d) CAE/CPE mit mindestens Level C,
 - e) GMAT mit mindestens 650 Punkten.

Die Testergebnisse dürfen zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht älter als zwei Jahre sein.
- (2) Auf Antrag und nach Einzelfallbeurteilung können auch anerkannt werden:
 - a) andere gängige Testverfahren mit äquivalenten Punktwerten,
 - b) ein dokumentiertes Auslandsstudium von zwei Jahren oder mindestens im Umfang von 120 ECTS.
- (3) Der Nachweis entfällt bei Bewerberinnen/Bewerbern mit Englisch als Muttersprache.

§ 6 Unterlagen

- (1) Die Bewerberin/der Bewerber muss folgende Bewerbungsunterlagen einreichen:
 - a) Nachweis (beglaubigte Kopie) der Allgemeinen oder einer einschlägig fachgebundenen Hochschulzugangsberechtigung. Bewerberinnen/Bewerber, die ihre Hochschulzugangsberechtigungen nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, müssen zusätzlich eine beglaubigte deutsche Übersetzung ihrer Hochschulzugangsberechtigung vorlegen. Entspricht das Notenschema einer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung nicht dem deutschen Schulnotensystem, so muss die Bewerberin/der Bewerber außerdem darlegen, welcher deutschen Schulnote die Note ihrer/seiner Hochschulzugangsberechtigung entspricht.
 - b) Nachweise (beglaubigte Kopien) über das Vorliegen eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses gemäß § 2 Absatz 1. Bewerberinnen/Bewerber, die ihren ersten berufsqualifizierenden Abschluss nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, müssen zu-

sätzlich eine beglaubigte deutsche Übersetzung der zuvor genannten Unterlagen vorlegen. Entspricht das Notenschema des von einer Bewerberin/einem Bewerber vorgelegten ersten berufsqualifizierenden Abschlusses nicht dem Notenschema des § 13 Abs. 1 der Prüfungsordnung für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing, so muss sie/er außerdem darlegen, welche Noten des zuvor genannten Notenschemas den im Zeugnis ausgewiesenen Noten entsprechen.

- c) Nachweis über erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen (Transcript of Records) zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss.
 - d) Gegebenenfalls Nachweise über ausreichende Sprachkenntnisse gemäß § 2 Absatz 3.
 - e) Tabellarischer Lebenslauf mit Passbild.
 - f) Nachweis der Praxiszeit gemäß § 3 Nr. 1 WPAnrV.
 - g) Nachweis besonderer Englischkenntnisse gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 5.
 - h) Unterstützungsschreiben des aktuellen Arbeitgebers.
 - i) Eine Erklärung darüber, ob die Bewerberin/der Bewerber eine Prüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Bachelor-, Master- oder Diplomstudiengang nicht oder endgültig nicht bestanden hat, ob sie/er den Prüfungsanspruch durch Versäumen einer Wiederholungsfrist oder auf andere Weise verloren hat oder ob sie/er sich in einem anderen Prüfungsverfahren befindet.
- (2) Die Zulassung ist abzulehnen, wenn
- a) die Bewerberin/der Bewerber die in § 2 Absatz 1 a) bis e) genannten Zugangsvoraussetzungen nicht erfüllt oder
 - b) die Bewerberin/der Bewerber die Prüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Bachelor-, Master- oder Diplomstudiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden hat oder
 - c) die Unterlagen gemäß Absatz 1 nicht vollständig oder nicht fristgerecht bis zum 30.11. eines Kalenderjahres einreicht. Nicht vollständig oder nicht fristgerecht eingereichte Unterlagen gemäß Absatz 1 können zudem beim Auswahlverfahren gemäß Absatz 5 nicht berücksichtigt werden und gehen somit zu Lasten der Bewerberin/des Bewerbers.

§ 7

Auswahlkommission

- (1) Für die Durchführung des Zugangs- und Zulassungsverfahrens zum Masterstudiengang Accounting and Auditing ist eine Auswahlkommission zu bilden.
- (2) Die Mitglieder der Auswahlkommission setzen sich aus den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gemäß § 11 Absatz 1 der Prüfungsordnung für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing zusammen, sofern sie aus der Gruppe der hauptamtlich tätigen Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter an

der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum oder der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität gewählt werden. Die Auswahlkommission umfasst damit fünf Mitglieder. Die/die Vorsitzende und die/der stellvertretende Vorsitzende des Prüfungsausschusses übernehmen gleichzeitig den Vorsitz beziehungsweise den stellvertretenden Vorsitz der Auswahlkommission. § 11 Absatz 3 der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Accounting and Auditing gilt entsprechend für die Stellvertreterinnen/Stellvertreter der Auswahlkommission.

- (3) Die Auswahlkommission ist zuständig für die Bestellung der Prüferinnen/Prüfer sowie der Beisitzenden der schriftlichen und mündlichen Zugangsprüfungen gemäß § 3 und § 4. Sie legt die Termine für die Prüfungen fest und stellt fest, ob die erforderlichen Nachweise gemäß § 2 vorliegen.
- (4) Die Auswahlkommission beschließt zudem die Rangliste der Bewerberinnen/der Bewerber als Ergebnis des Auswahlverfahrens nach § 7.
- (5) Die Auswahlkommission kann fachlich zuständige Mitglieder der Gruppen der hauptamtlich tätigen Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer und der akademischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum oder der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster mit der Vorbereitung ihrer Beschlussfassung beauftragen.
- (6) Die Amtszeit der Mitglieder der Auswahlkommission beträgt drei Jahre.
- (7) Die Auswahlkommission ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder, darunter die/die Vorsitzende oder ihre/seine Stellvertreterin bzw. ihr/sein Stellvertreter, anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden oder bei ihrer/seiner Abwesenheit die Stimme der Stellvertreterin/des Stellvertreters.
- (8) Die Sitzungen der Auswahlkommission sind nicht öffentlich. Die Mitglieder der Auswahlkommission unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

§ 8

Auswahlverfahren und Auswahlkriterien

- (1) Das Auswahlverfahren wird durchgeführt, wenn die Zahl der Bewerberinnen/Bewerber für den Masterstudiengang Accounting and Auditing, die die Zugangskriterien erfüllen, die Zahl der für den Studiengang zur Verfügung stehenden Studienplätze übersteigt.
- (2) Im Rahmen des Auswahlverfahrens werden folgende Kriterien herangezogen:
 - a) durchschnittliche Gesamtnote des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses gemäß § 2 Absatz 1 Nr. a),
 - b) durchschnittliche Gesamtnote der schriftlichen Zugangsprüfung gemäß § 2 Absatz 1 Nr. c) sowie
 - c) Note der mündlichen Zugangsprüfung gemäß § 2 Absatz 1 Nr. d).
- (3) Für jede Bewerberin/jeden Bewerber wird anhand der Kriterien des Absatzes 1 eine Gesamtnote ermittelt. Dabei wird das Kriterium a) mit 0,5, die Kriterien b) und c) werden jeweils mit 0,25 gewichtet.

- (4) Die Bewerberinnen/Bewerber werden anhand der nach Absatz 3 ermittelten Gesamtnote in eine Rangfolge gebracht. Bei gleicher Gesamtnote entscheidet das Los über den Platz auf der Rangliste.
- (5) Die Bewertung der schriftlichen und mündlichen Zugangsprüfung entsprechend § 2 Absatz 1 c) und d) sowie die Ermittlung der Gesamtnote nach Absatz 2 erfolgt in Übereinstimmung mit § 13 der Prüfungsordnung für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing.

§ 9

Abschluss des Verfahrens

- (1) Wird der Bewerberin/dem Bewerber aufgrund ihrer/seiner Platzierung auf der Rangliste ein Studienplatz zuerkannt, so erhält sie/er unverzüglich nach Beendigung des Verfahrens einen schriftlichen Bescheid, der die Zuweisung des Studienplatzes für den Masterstudiengang Accounting and Auditing ausspricht. Die Zulassung ist unter dem Vorbehalt auszusprechen, dass bei Einschreibung ein Studienvertrag mit der ASBM Accounting School Bochum Münster gemeinnützige GmbH vorgelegt wird.
- (2) Im Bescheid gemäß Absatz 1 ist der Bewerberin/dem Bewerber eine Frist für die Abgabe der Erklärung zu setzen, ob die Bewerberin/der Bewerber den Studienplatz annimmt. Lehnt die Bewerberin/der Bewerber den angebotenen Studienplatz ab, wird dieser der/dem auf der Rangliste Nächstplatzierten zugewiesen. Versäumt die Bewerberin/der Bewerber innerhalb einer Annahmefrist die Erklärung gemäß Satz 1 abzugeben, gilt dies als Ablehnung.

§ 10

Täuschung und Ordnungsverstoß

- (1) Hat eine Bewerberin/ein Bewerber in den Zugangsprüfungen nach § 2 getäuscht oder falsche oder gefälschte Unterlagen nach § 6 eingereicht und wird diese Tatsache erst nach der Zulassung nach § 9 bekannt, wird die Zuweisung des Studienplatzes widerrufen. Ein Widerruf ist nur innerhalb von zwei Jahren nach Aushändigung der Zulassungsbestätigung möglich.
- (2) Belastende Entscheidungen sind der Bewerberin/dem Bewerber unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Vor der Entscheidung ist der Bewerberin/dem Bewerber Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 11

Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Zugangs- und Zulassungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Ruhr-Universität Bochum sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisher geltende Zugangs- und Zulassungsordnung außer Kraft.

Angefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum am 29.08.2015, des Beschlusses des Fachbereichsrats der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster am 04.11.2015.

Münster, den 23.11.2015

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Die vorstehende Ordnung wird gemäß der Ordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität über die Verkündung von Ordnungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie die Bekanntmachung von Satzungen vom 8. Februar 1991 (AB Uni 91/1), geändert am 23. Dezember 1998 (AB Uni 99/4), hiermit verkündet.

Münster, den 23.11.2015

Die Rektorin



Prof. Dr. Ursula Nelles

Anlage 1

zur **Zugangs- und Zulassungsordnung** für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum sowie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Referenzrahmen für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13b WPO

gemäß § 4 der Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung in der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am 30. März 2006 nach § 4 Absatz 2 Satz 3 der Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung für verbindlich erklärten Fassung des Beschlusses der Praxisvertreter

- der Aufgabenkommission nach § 8 der Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung
- der Finanzverwaltung
- der Wirtschaftsprüferkammer
- des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
- des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e. V. und
- des Fachhochschullehrer-Arbeitskreises „Steuern und Wirtschaftsprüfung“

vom 29. März 2006

Inhalt

1.	Leitlinie	2
2.	Berufsbild und Kernkompetenzen des Wirtschaftsprüfers	2
	2.1. Berufsbild	2
	2.2. Kernkompetenzen des Wirtschaftsprüfers	3
3.	Studienabschlüsse	9
	3.1. Zugangsvoraussetzungen	9
	3.2. Module und ECTS	10
4.	Praxis	10
	4.1. Praktikum vor Aufnahme des Master-Studiums	10
	4.2. Berufspraktische Tätigkeit	11
5.	Qualitätssicherung	11
6.	Feststellung der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen	12

1. Leitlinie

Mit diesem Referenzrahmen werden die fachlichen Kriterien zur Akkreditierung von Hochschulstudiengängen (Master-Studiengänge) dargestellt, die nach § 8a Wirtschaftsprüferordnung als zur Ausbildung von Berufsangehörigen besonders geeignet anerkannt werden. Die Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen nach § 13b WPO ist ebenfalls anhand des Referenzrahmens zu beurteilen.

2. Berufsbild und Kernkompetenzen des Wirtschaftsprüfers

2.1. Berufsbild

Das Berufsbild des Wirtschaftsprüfers wird vorrangig von den folgenden Aufgaben bestimmt (vgl. § 2 WPO):

- **Prüfungstätigkeit:** Wirtschaftsprüfer haben die berufliche Aufgabe, betriebswirtschaftliche Prüfungen durchzuführen (§ 2 Abs. 1 WPO). Die Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers wird dabei maßgeblich durch die Vorbehaltsaufgabe geprägt, die durch Gesetz vorgeschriebene Prüfung von Jahresabschlüssen und Lageberichten und Konzernabschlüssen und Konzernlageberichten durchzuführen und Bestätigungsvermerke über die Vornahme und das Ergebnis solcher Prüfungen zu erteilen bzw. zu versagen. Dies umfasst auch Prüfungen von nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellten Jahres- und Konzernabschlüssen und sonstige gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen, wie z.B. Sonderprüfungen nach dem Aktiengesetz. Wegen der besonderen Befähigung zum gesetzlichen Abschlussprüfer werden dem Wirtschaftsprüfer regelmäßig auch die sog. freiwilligen, d.h. nicht gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen von Jahresabschlüssen sowie sonstige betriebswirtschaftliche Prüfungen, wie z.B. Due Diligence-Prüfungen und Unterschlagungsprüfungen übertragen.
- **Steuerberatung:** Zu den beruflichen Vorbehaltsaufgaben zählt die unbeschränkte (geschäftsmäßige) Hilfeleistung in Steuersachen, also die Steuerberatung. Sie umfasst auch das Recht der Vertretung der Steuerpflichtigen vor den Finanzbehörden und dem BFH.
- **Gutachter-/ Sachverständigentätigkeit:** Ebenfalls zum Berufsbild gehört die Tätigkeit als Gutachter oder Sachverständiger in allen Bereichen der wirtschaftlichen Betriebsführung, zu der z. B. die Unternehmensbewertung zählt.
- **Unternehmensberatung:** Die Beratung in unternehmerischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Wirtschaftsprüfers.
- **Rechtsberatung:** In Angelegenheiten, mit denen der Wirtschaftsprüfer beruflich befasst ist, die in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen Aufgaben stehen und die er ohne die Rechtsberatung nicht sachgemäß erledigen kann, ist der Wirtschaftsprüfer auch zur Rechtsbesorgung/-beratung befugt.

Aufgrund der besonderen Verantwortung, die der Wirtschaftsprüfer durch seine Aufgaben übernimmt, sind bei der Ausübung seiner Tätigkeit u.a. die folgenden Berufspflichten zu erfüllen (vgl. §§ 43, 43a, 49 WPO):

- **Unabhängigkeit:** Der Beruf des Wirtschaftsprüfer muss unabhängig ausgeübt werden, d.h. der Wirtschaftsprüfer muss frei sein von Bindungen, die die berufliche Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen oder beeinträchtigen könnten.
- **Unbefangenheit:** Die Funktion des Abschlussprüfers verlangt, dass der Wirtschaftsprüfer bei seinen Feststellungen, Beurteilungen und Entscheidungen frei von Einflüssen, Bindungen und Rücksichten ist, und zwar gleichgültig, ob sie persönlicher, wirtschaftlicher oder rechtlicher Natur sind.
- **Unparteilichkeit:** Der Wirtschaftsprüfer hat sich bei der Prüfungstätigkeit und der Erstattung von Gutachten unparteiisch zu verhalten.
- **Verschwiegenheit:** Die Pflicht zur Verschwiegenheit bildet die Grundlage für das Vertrauensverhältnis zum Mandanten. Alle Tatsachen und Umstände, die dem Wirtschaftsprüfer bei seiner Berufstätigkeit anvertraut werden, dürfen nicht unbefugt offenbart werden.
- **Gewissenhaftigkeit:** Der Wirtschaftsprüfer hat seinen Beruf gewissenhaft auszuüben. Aufträge müssen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Bei der Einstellung von Mitarbeitern sind deren fachliche und persönliche Eignung zu prüfen. Mitarbeiter sind über Berufspflichten zu unterrichten; für ihre angemessene praktische und theoretische Aus- und Fortbildung ist zu sorgen.
- **Eigenverantwortung:** Der Wirtschaftsprüfer ist gehalten, seinen Beruf eigenverantwortlich auszuüben. Er hat sein Handeln in eigener Verantwortung zu bestimmen, sich selbst ein Urteil zu bilden und seine Entscheidungen selbst zu treffen.
- **Berufswürdiges Verhalten:** Der Wirtschaftsprüfer hat sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Berufstätigkeit des Vertrauens und der Achtung würdig zu erweisen, die der Beruf erfordert.

2.2. Kernkompetenzen des Wirtschaftsprüfers

Das Ausbildungsprogramm ist auf die Entwicklung von drei Leistungspotenzialen zu konzentrieren: funktionsbezogene Kompetenzen, funktionsübergreifende Kompetenzen sowie eine professionelle Grundeinstellung. Das Lehrangebot muss die theoretischen und praktischen Aspekte der Ausbildung des Wirtschaftsprüfers in ausgewogener Form berücksichtigen und folgende Inhalte vermitteln:

Studierende sollen im Rahmen ihrer Ausbildung insbesondere Fähigkeiten zur Durchführung gesetzlich vorgeschriebener Prüfungen, sowie Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben, die sie in die Lage versetzen, ihre Rolle als Generalisten zu erfüllen und interdisziplinäre Fragestellungen aus der beruflichen Tätigkeit eines Wirtschaftsprüfers zu lösen. Der Referenzrahmen zeigt die Entwicklung der Kompetenzausprägung.

gungen gem. § 2 Abs. 2 WPAnrV im Rahmen der Ausbildung, beginnend mit der einjährigen Berufspraxis nach Erwerb des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses (§ 3 Nr. 1 WPAnrV) bis zur Bestellung als Wirtschaftsprüfer auf.

Die einzelnen Phasen der Ausbildung decken im Hinblick auf das Wirtschaftsprüfungs-Examen folgende Inhalte ab:

<p>Zugangsprüfung zum Masterstudium (einschl. Berufspraxis)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ○ Sicherstellung einer breiten wirtschaftswissenschaftlichen Grundausbildung, die dem Niveau eines wirtschaftswissenschaftlichen Bachelorstudiums entspricht, insbesondere in folgenden Gebieten <ul style="list-style-type: none"> ○ Allgemeine Betriebswirtschaftslehre ○ Angewandte Betriebswirtschaftslehre i.S.d. § 4 Buchstabe B. WiPrPrüfV ○ Grundlagen der Volkswirtschaftslehre ○ Grundlagen der wirtschaftlich relevanten Teile des Rechts ○ Grundkenntnisse anwendungsorientierter Mathematik und Statistik ○ Betriebliches Rechnungswesen ○ Grundlagen der Wirtschaftsinformatik <p>Die in den relevanten Gebieten zu vermittelnde Kompetenz ist in dem Kompetenzmodell (S. 6-8) dargestellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Erlangung praxisrelevanter Fähigkeiten ○ Eine Zugangsprüfung, die wirtschaftsprüfungsrelevante Anteile berücksichtigt
<p>Masterabschluss</p>	<ul style="list-style-type: none"> ○ Praxisnahe Vermittlung der für den Wirtschaftsprüfer relevanten Kompetenzen lt. Kompetenzmodell ○ Ableistung und Nachweise von Prüfungsleistungen durch Credit Points ○ Der Abschluss „Master“ wird nach erfolgreichem Abschluss des Studiums erworben, unabhängig von der Zulassung zum WP-Examen.
<p>WP-Examen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ○ Teilnahme am regulären WP-Examen in den Prüfungsgebieten „Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht“ und „Steuerrecht“ in Form von je 2 Klausuren und einer mündlichen Prüfung; kann nach Maßgabe des § 9 Abs. 6 WPO unmittelbar nach Abschluss des Masterstudiums erfolgen.
<p>Bestellung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ○ Erlangung praxisrelevanter Fähigkeiten zur Lösung inter-

(einschl. Berufs- praxis)	disziplinärer Fragestellungen
------------------------------	-------------------------------

Die nachfolgende tabellarische Darstellung enthält hinsichtlich der funktionsbezogenen Kompetenzen sechs Kompetenzausprägungen, die jeweils am Ende der Lernphase vorliegen sollen.

- A Grundwissen:** Studierende kennen die wesentlichen Definitionen und können die herrschende Meinung wiedergeben.
- B Verständnis.** Studierende können das Wissen ordnen und es systematisch wiedergeben. Probleme werden erkannt.
- C Anwendung:** Studierende können das erworbene Wissen anwenden und eigene Berechnungen sowie Interpretationen erstellen. Einzelfälle können angemessen gelöst werden; die Ergebnisse können ausgewertet werden.
- D Analyse:** Studierende können komplexe Problemstellungen erkennen und auf Basis der erworbenen Erfahrung analysieren.
- E Synthese:** Studierende können korrigierend in Prozesse eingreifen, neue Vorgehensweisen entwickeln und Verbesserungsvorschläge unterbreiten. Dazu gehört auch die Fähigkeit, die eigene Leistung angemessen darzustellen und lösungsorientiert weiterzuentwickeln.
- F Bewertung:** Studierende können Werturteile abgeben, Vergleiche heranziehen und richtige Schlussfolgerungen ziehen. Sie können Prognosen erstellen und die eigenen Aussagen rechtfertigen.

Die dargestellte Kompetenzausprägung ist als Anhaltspunkt zur Gestaltung eines angemessenen Studiengangs zu sehen. Ziel ist, durch geeignete Ausbildungsformen zum Zeitpunkt der Bestellung eine Kompetenzausprägung von E bzw. F erlangen zu können.

Auch die letzte Stufe enthält noch keine berufliche Spezialisierung, da diese in der Regel erst nach der Bestellung durch Praxiserfahrung und Fortbildung weiterentwickelt wird.

Funktionsbezogene Kompetenzen

Erläuterung der Skalierung¹ Kompetenzausprägung A = Grundwissen B = Verständnis C = Anwendung D = Analyse E = Synthese F = Bewertung	Berufspraxis	Zugangsprüfung Master-Studium	Masterabschluss	Wirtschaftsprüfungs- Examen	Bestellung (einschl. Berufspraxis)
A. Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht					
1. Rechnungslegung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht ▪ Konzernabschluss und Konzernlagebericht ▪ Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen ▪ International anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze ▪ Rechnungslegung in besonderen Fällen ▪ Jahresabschlussanalyse 	C	C	F	F	F
2. Prüfungsvorschriften für den Jahres- und Konzernabschluss, einschl. Lagebericht <ul style="list-style-type: none"> ▪ rechtliche Vorschriften und Prüfungsstandards <ul style="list-style-type: none"> ▪ Prüfungsgegenstand und Prüfungsauftrag ▪ Prüfungsansatz und Prüfungsdurchführung ▪ Prüfungsbericht, Bestätigungsvermerk, Bescheinigungen ▪ Andere Reporting Aufträge 	C	C	F	F	F
3. Prüfungsvorschriften für weitere Prüfungen <ul style="list-style-type: none"> ▪ sonstige gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen ▪ andere betriebswirtschaftliche Prüfungen 	A	A	F	F	F
4a. Grundzüge der Informationstechnologie	C	C	E	E	F
4b. Prüfung der Informationstechnologie	A	A	D	D	F
5. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensanteilen	C	C	F	F	F
6. Berufsrecht	B	B	F	F	F

¹ Vgl. IFAC, *International Education Guideline 3 Professional Skills*, Par. 14

Erläuterung der Skalierung¹ Kompetenzausprägung A = Grundwissen B = Verständnis C = Anwendung D = Analyse E = Synthese F = Bewertung	Berufspraxis	Zugangsprüfung Master-Studium	Masterabschluss	Wirtschaftsprüfungs- Examen	Bestellung (einschl. Berufspraxis)
B. Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre					
1. Angewandte Betriebswirtschaftslehre					
▪ Kosten- und Leistungsrechnung	E	E	F	F	F
▪ Planungs- und Kontrollinstrumente	E	E	F	F	F
▪ Unternehmensführung, -organisation	E	E	F	F	F
▪ Unternehmensfinanzierung	E	E	F	F	F
▪ Investitionsrechnung	E	E	F	F	F
▪ Methodische Problemstellungen der externen Rechnungslegung, der Corporate Governance und der Unternehmensbewertung	C	C	F	F	F
2. Volkswirtschaftslehre					
▪ Grundlagen	D	D	D	D	D
▪ Mikroökonomik	D	D	D	D	D
▪ Makroökonomik	D	D	D	D	D
▪ Wirtschaftspolitik	D	D	D	D	D
▪ Grundzüge der Finanzwissenschaft	D	D	D	D	D
▪ Grundzüge anwendungsorientierter Mathematik und Statistik	D	D	D	D	D
C. Wirtschaftsrecht					
1. Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, insb. Recht der Schuldverhältnisse und Sachenrecht	C	C	F	F	F
2. Grundzüge des Arbeitsrechts, intern. Privatrechts, Europarechts	A	A	D	D	D
3. Handelsrecht, insb. Handelsstand und -geschäfte einschließlich internationalem Kaufrecht	C	C	F	F	F
4. Gesellschaftsrecht (Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, Recht der verbundenen Unternehmen), Corporate Governance und Grundzüge des Ka-	C	C	F	F	F

Erläuterung der Skalierung¹					
Kompetenzausprägung					
A = Grundwissen B = Verständnis C = Anwendung D = Analyse E = Synthese F = Bewertung					
	Berufspraxis	Zugangsprüfung Master-Studium	Masterabschluss	Wirtschaftsprüfungs- Examen	Bestellung (einschl. Berufspraxis)
pitalmarktrechts					
5. Umwandlungsrecht	B	B	F	F	F
6. Grundzüge des Insolvenzrechts	C	C	F	F	F
D. Steuerrecht					
1. Abgabenordnung und Nebengesetze, Finanzgerichtsordnung	-	-	F	F	F
2. Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer	A	A	F	F	F
3. Bewertungsgesetz, Erbschaftsteuer, Grundsteuer	-	-	F	F	F
4. Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer	A	A	F	F	F
5. Umwandlungssteuerrecht	-	-	F	F	F
6. Grundzüge des internationalen Steuerrechts	-	-	F	F	F

Die weitere Aufgliederung der funktionsbezogenen Kompetenzen erfolgt innerhalb eines Curriculums.

Im Rahmen der Ausbildung sind neben den funktionsbezogenen Kompetenzen vorrangig folgende **funktionsübergreifende Kompetenzen** zu vermitteln:

Intellektuelle Fähigkeiten, die den zukünftigen Berufsnachwuchs zur Problemlösung, Entscheidungsfindung und Urteilsfähigkeit hinsichtlich komplexer Fragestellungen befähigen, insbesondere die Fähigkeit zu konzeptionellem und analytischem Denken sowie zur kritischen Analyse.

Persönliche Fähigkeiten wie Selbstmanagement, Selbstlernkompetenz, kritische Grundhaltung sowie angesichts des besonderen Vertrauens, das die Öffentlichkeit der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers entgegenbringt, Integrität, Objektivität, Unabhängigkeit und die Bewertung von Entscheidungen unter ethischen Aspekten.

Kommunikations- und Kontaktfähigkeit, insbesondere die Fähigkeit zum Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur sowie die Fähigkeit, in einem Team zu arbeiten und im beruflichen Umfeld angemessene Lösungen auszuhandeln.

Managementfähigkeiten, insbesondere die Fähigkeit zur Planung, Steuerung und nachhaltigen Umsetzung von Entscheidungen wie auch zur Organisation und Delegation.

3. Studienabschlüsse

Durch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wurde die Einrichtung gestufter Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen ermöglicht. Diese Studiengänge schließen mit dem Bachelor- und dem Master-Grad ab.

Die Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung regelt die Voraussetzungen, unter denen Leistungen aus einem Masterstudiengang auf das Wirtschaftsprüfungsexamen angerechnet werden. Soweit die in diesen Studiengängen erbrachten Prüfungsleistungen als gleichwertig mit dem Wirtschaftsprüfungsexamen anerkannt werden, bieten regelmäßig wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge die Gewähr für eine dem Berufsbild des Wirtschaftsprüfers genügende Hochschulausbildung.

Der Abschluss eines Diplomstudiengangs steht dem Zugang zu einem Studiengang nach § 8a WPO vorbehaltlich anders lautender hochschulrechtlicher Regelungen nicht entgegen.

3.1. Zugangsvoraussetzungen

Die Anerkennung eines Masterstudiengangs setzt nach § 3 Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung WPAnrV voraus, dass die Prüfungsordnung

1. den Nachweis über die Ableistung von einem halben Jahr Tätigkeit gemäß § 9 Abs. 1 der Wirtschaftsprüferordnung und einem halben Jahr Prüfungstätigkeit gemäß § 9 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung (Praxiszeit) nach Erwerb des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses, aber vor Beginn des Masterstudienganges vorsieht;
2. das Bestehen einer Zugangsprüfung, die wirtschaftsprüfungsrelevante Anteile berücksichtigt, vorsieht; im Zeitpunkt der Zugangsprüfung muss die Praxiszeit abgeleistet sein;
3. für den Masterstudiengang vier Theoriesemester vorsieht;
4. vorsieht, dass die Masterschlussarbeit in dem Prüfungsgebiet „wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht“ geschrieben wird.

Masterstudiengänge mit hiervon abweichender Studiendauer können nicht als Studiengänge nach § 8a WPO anerkannt werden.

Für den Masterabschluss werden ohne Einbeziehung des vorangegangenen Studiums 120 ECTS-Punkte benötigt.

Die Zugangsprüfung soll zwei jeweils dreistündige Klausuren umfassen.

3.2. Module und ECTS

Die neuen Studiengänge müssen im Rahmen der Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung durchlässig sein. Die Gliederung in Module und die Bewertung nach dem Europäischen Credit Transfer System ist Voraussetzung für die Anerkennung nach § 8a WPO, um die Flexibilität zu gewährleisten und im Rahmen der Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung den Wechsel des Ausbildungsortes zu ermöglichen.

4. Praxis

Die berufspraktische Tätigkeit einschließlich eventuell begleitender Ausbildungsveranstaltungen ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsprüferausbildung. Sie soll und kann jedoch nicht die Hochschulausbildung oder Teile davon ersetzen oder nachbessern.

Die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich der Berufspraxis orientieren sich an dem Berufsbild des Wirtschaftsprüfers. Nach § 9 Abs. 1 WPO setzt die Zulassung zum Wirtschaftsprüfungsexamen eine für die Ausübung des Berufes genügende praktische Ausbildung voraus. Für Hochschulabsolventen mit einer mindestens achtsemestrigen Regelstudienzeit beträgt die erforderliche Berufspraxis mindestens drei Jahre. In dieser Zeit sollen die Bewerber mindestens zwei Jahre überwiegend an Jahresabschlussprüfungen teilgenommen haben (§ 9 Abs. 2 WPO).

4.1. Praktikum vor Aufnahme des Master-Studiums

Die für die Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sind im Rahmen einer akademischen Ausbildung nur beschränkt vermittelbar. Die Hochschulausbildung ist nur ansatzweise in der Lage, z.B. Prüfungsrealität und die Anwendung von prüfungsspezifischem Wissen und Methoden darzustellen. Die Vermittlung sozialer Kompetenz kann im Rahmen der Hochschulausbildung nur beschränkt erfolgen. In dem Maße, in dem mit der akademischen Ausbildung erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten nicht oder noch nicht vermittelt werden können, muss die Berufserfahrung einen entsprechenden Ausgleich schaffen. Andererseits setzt das anspruchsvolle Master-Programm, das sich durch eine Vertiefung und Konzentration der Studieninhalte auf einem sehr hohen Niveau auszeichnet, entsprechende Erfahrungen aus der Praxis voraus, um überhaupt ein entsprechend hohes Ausbildungsniveau sicherstellen zu können. Ein solches Praktikum dient darüber hinaus der Überprüfung des gewählten Studiums.

Die Aufnahme des Master-Studiums setzt ein berufsbezogenes Praktikum voraus. Die mindestens einjährige Tätigkeit nach § 3 Nr. 1 WPAnrV ist bei einem Wirtschaftsprüfer, einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder einer anderen Prüfungseinrichtung nach § 9 Abs. 3 WPO zu absolvieren. Der Nachweis der entsprechenden Berufspraxis muss Bestandteil der Zulassungsvoraussetzungen zum Master-Studium sein.

4.2. Berufspraktische Tätigkeit

Die auf das Master-Studium folgende berufspraktische Tätigkeit ist nicht Gegenstand der Akkreditierung, sie ist aber im Kontext zum Studienplan zu sehen. Nach den §§ 9 Abs. 1 und 2, 15 WPO ist nach dem erfolgreichen Studienabschluss sowie bestandenen Wirtschaftsprüfungsexamen noch eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens zwei Jahren zu absolvieren.

5. Qualitätssicherung

Die Sicherung der Qualität der Ausbildung in anerkannten Studiengängen nach § 8a WPO, für die die Hochschule verantwortlich ist, genießt höchste Priorität. Hierfür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

Fachspezifische Konkretisierung des Referenzrahmens (§ 4 WPAnrV)

Die Anforderungen an die einzelnen Studien- und Prüfungsziele des Masterstudiengangs ergeben sich aus einem fachspezifisch konkretisierten Referenzrahmen; die Prüfungsordnungen der Hochschulen bleiben unberührt.

Der Referenzrahmen wird von je einem Praxisvertreter, der Aufgabenkommission nach § 8 der Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung (WiPrPrüfV), der Finanzverwaltung, der Wirtschaftsprüferkammer, des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e. V. und des Fachhochschullehrer-Arbeitskreises „Steuern und Wirtschaftsprüfung“ erarbeitet und beschlossen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erklärt den Referenzrahmen für verbindlich.

Die Praxisvertreter werden darüber hinaus die Ausbildungsinhalte auf der Grundlage der Prüfungsgebiete nach § 4 WiPrPrüfV durch Curricula konkretisieren und unverbindliche Lehrpläne für den Masterstudiengang erstellen.

Besondere Akkreditierung des Studiengangs (§ 5 WPAnrV)

Der Studiengang unterliegt einer erweiterten Akkreditierung, mit der die besondere Eignung für die Ausbildung von Wirtschaftsprüfern festgestellt wird.

Die Akkreditierung und Reakkreditierung des Masterstudiengangs erfolgt auf Antrag der Hochschule durch eine vom Akkreditierungsrat akkreditierte Agentur; diese ist die für die Anerkennung zuständige Stelle im Sinn des § 8a Abs. 3 Satz 1 der WPO. Wenn nach dem Antrag der Hochschule im Akkreditierungsverfahren festgestellt werden soll, ob der Masterstudiengang zur Ausbildung von Wirtschaftsprüfern besonders geeignet ist, müssen bei der Akkreditierung je ein Vertreter oder Beauftragter oder eine Vertreterin oder Beauftragte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, der Finanzverwaltung und der Wirtschaftsprüferkammer mitwirken. Die Entscheidung bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Vertretern oder Beauftragten. Im Fall der Zustimmung ist eine Anrechnung von Leistungen aus dem Masterstudiengang auf das Wirtschaftsprüfungsexamen möglich. In die Akkreditierung wird

folgender Zusatz aufgenommen: „Leistungen aus dem Masterstudiengang können in den Prüfungsgebieten „Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre“ und „Wirtschaftsrecht“ angerechnet werden“.

Verpflichtung zur Reakkreditierung

Die besondere Akkreditierung unterliegt einer zeitlichen Befristung.

6. Feststellung der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen

Die Prüfungsstelle stellt nach § 9 Abs. 1 Satz 1 WPAnrV die Gleichwertigkeit von schriftlichen und mündlichen Prüfungsleistungen nach § 7 Abs. 2 WPAnrV fest; die Prüfungsleistungen können in einem Studiengang i. S. d. § 7 WPAnrV erbracht werden, z. B. in einem Bachelor-, Master-, Diplom- oder mit einem Staatsexamen abschließenden Studiengang. Die Feststellung setzt die Vorlage der Leistungsnachweise voraus (§ 9 Abs. 2 Satz 1 WPAnrV). Der Antragsteller muss für jeden Leistungsnachweis eine Bestätigung der Hochschule, die den Leistungsnachweis ausgestellt hat, vorlegen, dass die Prüfung gleichwertig i. S. d. § 7 Abs. 2 WPAnrV ist. Die Bestätigung muss von der Fakultäts- bzw. Fachbereichsleitung oder dem zuständigen Prüfungsamt erteilt werden. Es reicht nicht aus, wenn der Prüfer, der die Prüfung abgenommen hat, deren Gleichwertigkeit bestätigt. Die Bestätigung der Hochschule unterstützt die Prüfungsstelle bei ihrer Entscheidung über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen. Die Bestätigung der Hochschule tritt nicht an die Stelle der Entscheidung der Prüfungsstelle.

Anlage 2

zur **Zugangs- und Zulassungsordnung** für den weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum sowie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Anforderungen an die in der schriftlichen Zugangsprüfung (vgl. § 3 Abs. 1 c) der Zugangs- und Zulassungsordnung) zum weiterbildenden Masterstudiengang Accounting and Auditing abzu prüfenden Kompetenzausprägungen gemäß Referenzrahmen für die Anerkennung von Studiengängen nach § 8a WPO und die Anerkennung von Studienleistungen nach § 13b WPO in der Fassung vom 29.03.2006:

Themen	Kompetenz- ausprägung
A. Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre	
1. Angewandte Betriebswirtschaftslehre	
- Kosten- und Leistungsrechnung	E
- Planungs- und Kontrollinstrumente	E
- Unternehmensführung, -organisation	E
- Unternehmensfinanzierung	E
- Investitionsrechnung	E
- Methodische Problemstellungen der externen Rechnungslegung, der Corporate Governance und der Unternehmensbewertung	C
2. Volkswirtschaftslehre	
- Grundlagen	D
- Mikroökonomik	D
- Makroökonomik	D
- Wirtschaftspolitik	D
- Grundzüge der Finanzwissenschaft	D
- Grundzüge anwendungsorientierter Mathematik und Statistik	D

Themen	Kompetenz- ausprägung
B. Wirtschaftsrecht	
1. Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, insb. Recht der Schuldverhältnisse und Sachenrecht	C
2. Grundzüge des Arbeitsrechts, intern. Privatrechts, Europarechts	A
3. Handelsrecht, insb. Handelsstand und -geschäfte einschließlich internationalem Kaufrecht	C
4. Gesellschaftsrecht (Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, Recht der verbundenen Unternehmen), Corporate Governance und Grundzüge des Kapitalmarktrechts	C
5. Umwandlungsrecht	B
6. Grundzüge des Insolvenzrechts	C

Themen	Kompetenz- ausprägung
C. Steuerrecht	
1. Abgabenordnung und Nebengesetze, Finanzgerichtsordnung	-
2. Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer	A
3. Bewertungsgesetz, Erbschaftsteuer, Grundsteuer	-
4. Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer	A
5. Umwandlungssteuerrecht	-
6. Grundzüge des internationalen Steuerrechts	-

Themen	Kompetenz- ausprägung
D. Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht	
1. Rechnungslegung - Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht - Konzernabschluss und Konzernlagebericht - Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen - International anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze - Rechnungslegung in besonderen Fällen - Jahresabschlussanalyse	C
2. Prüfungsvorschriften für den Jahres- und Konzernabschluss, einschl. Lagebericht - Rechtliche Vorschriften und Prüfungsstandards - Prüfungsgegenstand und Prüfungsauftrag - Prüfungsansatz und Prüfungsdurchführung - Prüfungsbericht, Bestätigungsvermerk, Bescheinigungen - Andere Reporting Aufträge	C
3. Prüfungsvorschriften für weitere Prüfungen - sonstige gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen - andere betriebswirtschaftliche Prüfungen	A
4. Informationstechnologie 4.1. Grundzüge der Informationstechnologie 4.2. Prüfung der Informationstechnologie	C A
5. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensanteilen	C
6. Berufsrecht	B

Erläuterung der Kompetenzausprägungen

- A Grundwissen: Studierende kennen die wesentlichen Definitionen und können die herrschende Meinung wiedergeben.
- B Verständnis: Studierende können das Wissen ordnen und es systematisch wiedergeben. Probleme werden erkannt.
- C Anwendung: Studierende können das erworbene Wissen anwenden und eigene Berechnungen sowie Interpretationen erstellen. Einzelfälle

können angemessen gelöst werden; die Ergebnisse können ausgewertet werden.

- D Analyse: Studierende können komplexe Problemstellungen erkennen und auf Basis der erworbenen Erfahrung analysieren.
- E Synthese: Studierende können korrigierend in Prozesse eingreifen, neue Vorgehensweisen entwickeln und Verbesserungsvorschläge unterbreiten. Dazu gehört auch die Fähigkeit, die eigene Leistung angemessen darzustellen und lösungsorientiert weiterzuentwickeln.
- F Bewertung: Studierende können Werturteile abgeben, Vergleiche heranziehen und richtige Schlussfolgerungen ziehen. Sie können Prognosen erstellen und die eigenen Aussagen rechtfertigen.